

KURZFASSUNG DES BERICHTS ZUM UNTERKUNFTSMONITORING –

Halbjährlicher Bericht zum Stand der Integration der Geflüchteten
in städtischen Unterkünften in Nürnberg (1-2019)

1 Rahmendaten und Anmerkungen zur Datenerhebung und -lage

Dieser Bericht basiert auf den Erkenntnissen aus Monitoring-Gesprächen mit den Sozialdiensten zu 90 städtischen Gemeinschaftsunterkünften¹. Darunter sind auch vier Unterkünfte für spezifische Personengruppen, konkret eine Schutzunterkunft für Frauen mit Gewalterfahrung, zwei Unterkünfte für LGBTQI*-Personen sowie eine Unterkunft für junge erwachsene Geflüchtete (ehemalige unbegleitete minderjährige Ausländer). Die Gespräche wurden im Zeitraum vom 04.02.2019 bis 03.07.2019 durchgeführt und erfassten Informationen zu insgesamt 3.032 geflüchteten Personen².

Die Gespräche wurden anhand eines Gesprächsleitfadens mit vorwiegend offenen Fragen geführt und Doppelnennungen waren bei mehreren Fragen möglich. Daher wurden die Fragen sehr unterschiedlich beantwortet. Eine Nichtnennung ist nicht unbedingt damit gleichzusetzen, dass der Aspekt keine Relevanz für die Unterkunft hat.

Insgesamt ist die Datenlage gut. Da die Beratung der Sozialdienste jedoch ein Angebot ist und von den Bewohnerinnen und Bewohnern unterschiedlich wahrgenommen wird, lagen den Sozialdiensten nicht über alle Personen in den Unterkünften Informationen und Daten vor.

2 Zentrale Erkenntnisse

2.1 Zusammenarbeit und Vernetzung

37,8% der Unterkünfte werden zentral betreut, das heißt, dass sich ein Beratungsbüro vor Ort in der Unterkunft befindet. Im Gegensatz dazu werden mittlerweile 62,2% der Gemeinschaftsunterkünfte dezentral, also von einem Büro außerhalb der Unterkunft, betreut.

Dezentrale Betreuung erschwert den Kontakt teilweise beziehungsweise funktioniert vorwiegend in solchen Fällen, in denen bereits eine gefestigte Beziehung zwischen Sozialdienst und Geflüchteten besteht. Mehrheitlich wurde der Kontakt, unabhängig davon wie regelmäßig der Kontakt ausfiel, als gut beschrieben.

Die Sozialdienste fühlen sich mehrheitlich gut vernetzt. Als häufigste Kooperationspartner wurde das Sozialamt, insbesondere die Fachstelle für Flüchtlinge genannt sowie die Ausländerbehörde, Bildungseinrichtungen, Betreiberinnen und Betreiber, Hausmeisterinnen und Hausmeister, das Jobcenter und das Gesundheitsamt/ Ärzte/ Krankenkassen. Der Kontakt zu den Kooperationspartnern wurde mehrheitlich als gut bis sehr gut eingestuft. Als eher schwieriger Netzwerkpartner wurde die Ausländerbehörde genannt (43 Nennungen). Gewünscht wurde eine bessere Erreichbarkeit durch konkrete Ansprechpersonen und eine kürzere Wartezeit bei der Beantwortung von Anfragen. Zudem wurde angeführt, dass die Entscheidungspraxis nicht immer als nachvollziehbar wahrgenommen wird.

¹ Berücksichtigt wurden Unterkünfte, welche am Stichtag (01.04.2019) belegt waren.

² Da die Gespräche anonymisiert und zu keinem spezifischem Stichtag geführt wurden, könnten Bewohnerinnen und Bewohner durch Umzüge möglicherweise doppelt erfasst worden sein.

Verteilung nach Aufenthaltsstatus: anerkannte Personen: 51,7%; im Asylverfahren: 10,4%; im Klageverfahren: 21,2%; Duldung: 8,4%; Status unbekannt/ kein Antrag gestellt: 8,3%. Von den Personen ohne Anerkennung: 672 Personen (22,2%) aus Ländern mit guter Bleibeperspektive (Syrien, Irak, Iran, Eritrea, Somalia); 792 Personen (26,1%) aus Ländern mit einer geringen beziehungsweise unklaren Bleibeperspektive.

Deutlich wurde, dass ein vertiefter Austausch und mehr Vernetzung der Sozialdienste mit der Stadtverwaltung und Behörden gewünscht wird, da auf diese Weise für die jeweilige Arbeitsweise sensibilisiert werden kann und somit die Kommunikation erleichtert wird.

Zum Thema Dolmetscherinnen und Dolmetscher wurde angemerkt, dass – wenngleich die Sprachkenntnisse zur mündlichen Kommunikation in Bezug auf Alltagsthemen mittlerweile überwiegend ausreichen – insbesondere für spezifische Belange (zum Beispiel im Bereich psychische Erkrankungen und in Bezug auf vulnerable Personengruppen wie LGBTQI*-Personen und Frauen mit Gewalterfahrung) geschulte Sprachmittlerinnen und Sprachmittler benötigt werden.

Helferkreise und Ehrenamtliche wurden darüber hinaus als wichtige Kooperationspartner genannt. Insgesamt engagieren sich, soweit bekannt, 270 Personen. Dabei initiieren die Ehrenamtlichen unterschiedliche Angebote, vorwiegend im Bereich Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe.

2.2 Beschäftigung (Sprache, Bildung, Arbeit)

Mindestens 53,6% der Personen über 16 Jahre nehmen an tagesstrukturierenden Angeboten³ teil. 17,3% nehmen an keinen solchen Angeboten teil (nicht bekannt von 29,1%). Die am häufigsten genannten Gründe für eine Nichtteilnahme an tagesstrukturierenden Aktivitäten sind dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen:

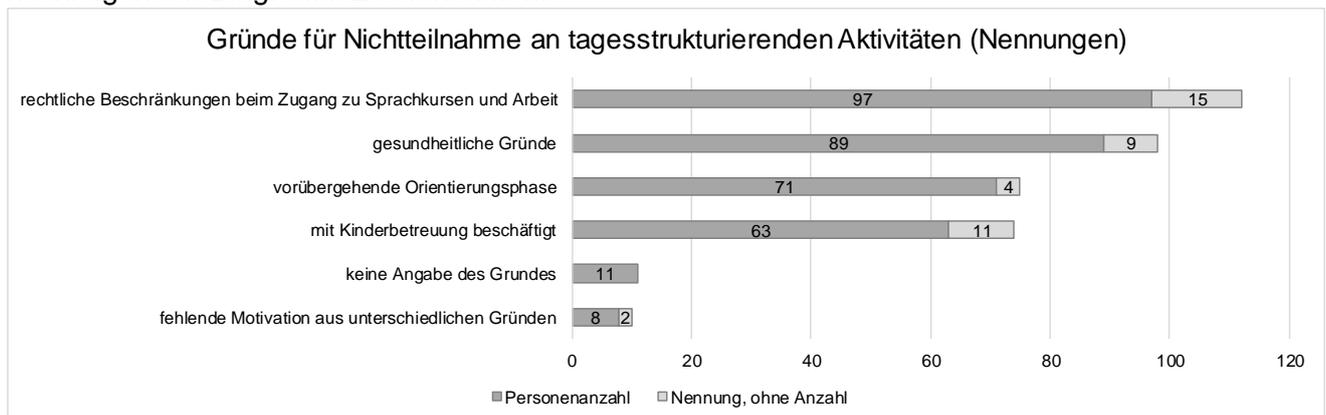


Diagramm 1: Gründe für Nichtteilnahme an tagesstrukturierenden Aktivitäten (Mehrfachnennungen möglich; n = 373 Personen über 16 Jahre ohne tagesstrukturierende Aktivitäten); Regiestelle für Flucht und Integration; eigene Darstellung

2.2.1 Sprache

Die Ergebnisse aus den Monitoring-Gesprächen zeigen, dass die Teilnahme an einem Sprachkurs bei den über 16-jährigen Bewohnerinnen und Bewohnern besonders zentral ist. 603 Personen besuchen derzeit einen Sprachkurs, vorwiegend Integrationskurse (419 Personen).

Die Kommunikation zwischen den Sozialdiensten ist mit geschätzt 61%⁴ der Bewohnerinnen und Bewohner auf Deutsch möglich, zumindest über alltägliche Themen und in einfacher Sprache. Keine Kommunikation auf Deutsch war in Bezug auf 19% der Personen in städtischen Unterkünften möglich.

Die Gründe, welche den unterschiedlichen Stand des Spracherwerbs der Bewohnerinnen und Bewohner erklären, sind vielfältig und decken sich teilweise mit den Gründen für die Nichtteilnahme an tagesstrukturierenden Aktivitäten.

Häufig wurden Zugangsbeschränkungen zu Sprachkursen für nicht-erkannte Personen genannt. Es besteht ein großer Bedarf an statusunabhängig zugänglichen Kursen mit Kurscharakter (mehrmals pro Woche) und Abschlusszertifikat, vor allem für das Niveau A2+. Der Bedarf an

³ n=2.152 Personen. Definition tagesstrukturierende Angebote: mind. vier Tage in der Woche, zu je mind. zwei Stunden.

⁴ n = 2.828 Personen, unter 3-Jährige ausgenommen; keine Angabe zu 19% der Personen

Alphabetisierungskursen ist aber gleichzeitig weiterhin gegeben, unter anderem vor dem Hintergrund des Familiennachzugs (Neuzuwanderung). Ehrenamtliche Angebote werden in diesem Zusammenhang ebenfalls gerne genutzt und auch positiv bewertet, da sie wichtig für die nachhaltige Verfestigung erworbener Sprachkenntnisse sind, stellen aber keinen Ersatz für einen zeitintensiven, mehrmals pro Woche stattfindenden, aufeinander aufbauenden Sprachkurs dar.

Abgesehen vom Sprachkursangebot (Verfügbarkeit des entsprechenden Sprachniveaus) gab es auch inhaltlich kritische Rückmeldungen in Bezug auf Sprachkurse, unter anderem was die Passgenauigkeit zur Zielgruppe betrifft⁵.

2.2.2 Bildung

In Bezug auf die Versorgungslage mit Kita-Plätzen ließ sich feststellen, dass bei der Kita-Versorgung derzeit keine überdurchschnittlich großen Bedarfe vorliegen⁶.

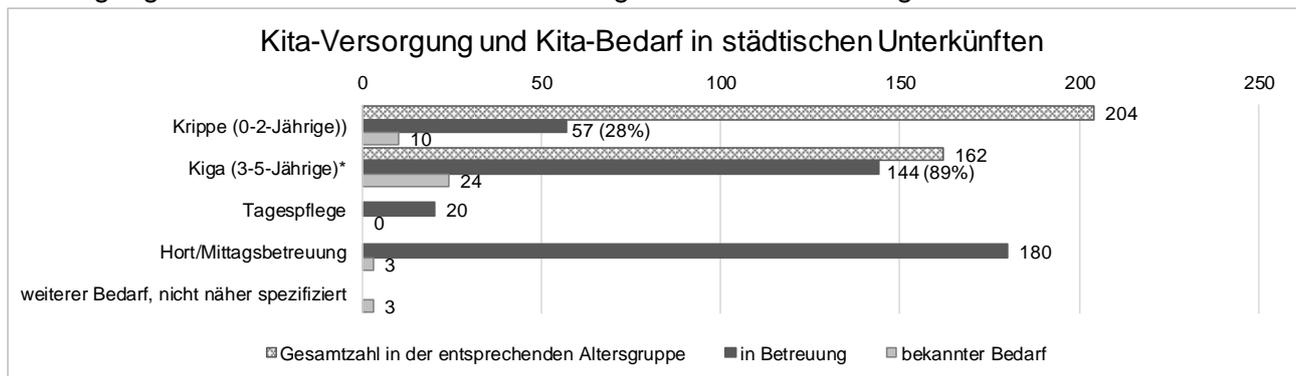


Diagramm 2: Kita-Versorgung und Kita-Bedarf in städtischen Unterkünften (*da einige Kinder später eingeschult werden, sind teilweise auch 6-Jährige im Kindergarten beziehungsweise haben Bedarf. Daher übersteigt die Summe aus der Anzahl der Kinder in Betreuung und dem bekannten Bedarf die Gesamtzahl der Kinder zwischen 3 und 5 Jahre); Regiestelle für Flucht und Integration; eigene Darstellung

Da die Beschäftigung mit Kinderbetreuung auch ein häufiger Grund ist, warum keiner tagesstrukturierenden Aktivität nachgegangen wird, sollten die Angebote in diesem Bereich aufrechterhalten beziehungsweise ausgeweitet werden (beispielsweise Deutschkurse mit Kinderbetreuung).

Hinsichtlich des Bereichs Bildung konnte den Gesprächen entnommen werden, dass verschiedene Probleme mit Bedarfen im Bereich Alltagsbildung zusammenhängen, weshalb eine Ausweitung der Angebote in diesem Bereich daher ebenfalls empfohlen wird (beispielsweise zum Thema Verbraucherschutz, Verständnis des Sozialsystems, Umgang mit Online-Portalen).

2.2.3 Arbeit

Insgesamt wurden 497 Personen mit einer Beschäftigung in diesem Bereich erfasst⁷. Von insgesamt 2.152 Personen ab 16 Jahren gaben die Sozialdienste in Bezug auf 485 Personen an, dass rechtliche Beschränkungen beim Arbeitsmarktzugang bestehen. Bei weniger als der Hälfte dieser Personen (231 Personen) war bekannt, dass sie auch tatsächlich eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis beantragt und nicht erhalten haben. Bei gut einem Viertel der Betroffenen

⁵ Genannt wurden Probleme wie fehlende Alltagsrelevanz, heterogene Lerngruppen, teilweise nicht als adäquat empfundene Einstufungen, Diskrepanz zwischen Kursinhalten und Prüfungsinhalten.

⁶ Die folgenden Angaben beziehen sich offensichtlich auf den Bedarf, der den Sozialdiensten gemeldet wurde. Zudem muss angemerkt werden, dass bei einigen Unterkünften noch eine Schließung und Umzüge anstehen, sodass die Zahlen als Momentaufnahme verstanden werden sollten.

⁷ Davon 310 Personen, die am Arbeitsmarkt teilnehmen, 53 Personen in dualer Ausbildung, 64 Personen in schulischer Ausbildung, 70 Personen in sonstiger Aus-/ Weiterbildung (von 14 Personen unbekannt, um welche Art von Beschäftigung es sich konkret handelt).

(115 Personen) wurde aufgrund des Vermerks „Beschäftigung nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde gestattet“ von einem eingeschränkten Arbeitsmarktzugang ausgegangen. Generell wurde als Problem in diesem Kontext erwähnt, dass die Erteilung einer Erlaubnis seitens der Ausländerbehörde teilweise sehr lange dauert, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die konkreten Stellen jedoch meist nicht so lange freihalten.

2.3 Kultur und Freizeit

Im Bereich Kultur und Freizeit lagen den Sozialdiensten mehrheitlich kaum Daten und Informationen vor. Das vielfältige Angebot in Nürnberg wurde von den Sozialdiensten positiv eingeschätzt. Gleichzeitig machten die Sozialdiensten jedoch auch deutlich, dass die Art der Ansprache (mit Flyern etc.) oft nicht zielführend ist. Eine persönliche Ansprache vor Ort in Verbindung mit einer Begleitung sowie die Ansprache durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Netzwerken der Geflüchteten wird hingegen als besonders wirksam eingeschätzt. Von 43 Bewohnerinnen und Bewohner ist bekannt, dass sie sich in vielfältigen Bereichen selbst ehrenamtlich engagieren, wobei darüber hinaus unter anderem auch nachbarschaftliche Hilfe, wie beispielsweise Dolmetschen, geleistet wird.

Die Geflüchteten haben der Einschätzung der Sozialdienste zufolge mehrheitlich Kontakte außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte. Etwa die Hälfte der Personen, die Kontakte außerhalb der Unterkünfte haben, haben auch Kontakte zu deutschsprachigen Personen.

Teilweise wurde der Wunsch nach einem differenzierten Bild von Geflüchteten und die Ausweitung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Stadtgesellschaft und Geflüchteten genannt.

2.4 Gesundheit

In den Gesprächen wurde sehr deutlich, dass das Versorgungs- und Unterstützungsangebot in Bezug auf körperliche Erkrankungen und Behinderungen von den Sozialdiensten durchschnittlich gut bewertet wird. In Bezug auf Behandlungsmöglichkeiten für psychische Erkrankungen wird das derzeitige Unterstützungsangebot als nicht ausreichend empfunden und großer Handlungsbedarf gesehen, wie dem nachfolgenden Diagramm entnommen werden kann:

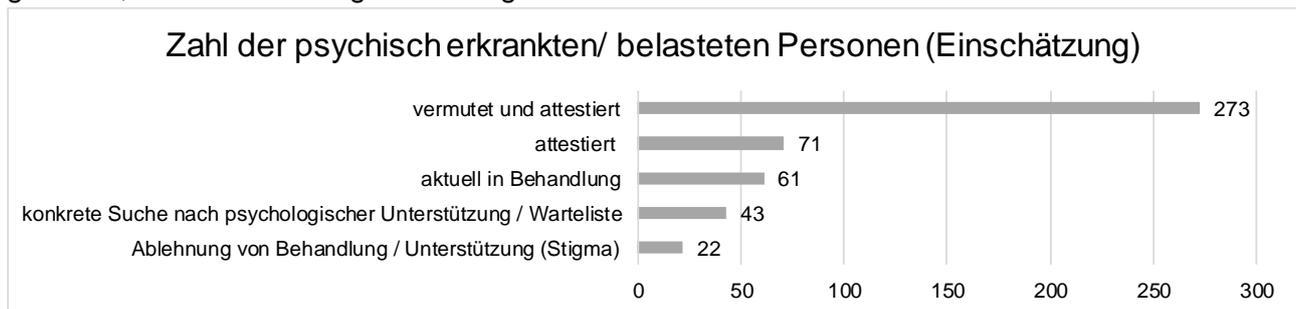


Diagramm 3: Zahl der psychisch erkrankten/ belasteten Personen (Einschätzung); „keine Angabe“ beziehungsweise „nicht besprochen“ in Bezug auf 16 Unterkünfte (insgesamt 334 Personen); Regiestelle für Flucht und Integration; eigene Darstellung

Durch das Diagramm wird sichtbar, dass es eine sehr hohe Dunkelziffer gibt. Aus den Gesprächen wurde deutlich, dass im Bereich psychische Erkrankungen noch mehr Aufklärung nötig ist. Damit könnten psychische Erkrankungen als solche besser erkannt werden, unter anderem bei Kindern, und auch die mit psychischen Erkrankungen oftmals verbundenen Stigmata reduziert werden.

Die Sozialdienste wiesen in den Gesprächen außerdem darauf hin, dass die Wartezeiten zu lange sind und der Prozess sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. In mehreren Gesprächen wurde als Grund für psychische Erkrankung auf den Zusammenhang zwischen Perspektivlosigkeit, fehlenden Möglichkeiten und dadurch bedingter, ungewollter Untätigkeit hingedeutet.

2.5 Wohnen

Die Atmosphäre in den Gemeinschaftsunterkünften wird von den Sozialdiensten mehrheitlich positiv eingeschätzt. Die Beziehung zur Nachbarschaft wurde ebenfalls als gut oder neutral bewertet.

Im Hinblick auf den Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften und die Wohnungssuche wurde in den Gesprächen deutlich, dass die Suche auf dem angespannten Wohnungsmarkt in Nürnberg sehr frustrierend ist. Problematisiert wurde dies insbesondere vor dem Hintergrund des Rückbaus von Unterkünften, da Auszugsberechtigte auf dem Wohnungsmarkt oft schwer fündig werden und vom Wohnungsamt (Sozialamt) wenig Vorschläge erhalten. In diesem Kontext gaben die Sozialdienste an, dass es mehr Unterstützungsmöglichkeiten für wohnungssuchende Personen in Nürnberg geben muss.

2.6 Rückbau und Umzug

Aufgrund der rückläufigen Zahl von Geflüchteten im Stadtgebiet und des Auslaufens von Verträgen mit Betreiberinnen und Betreibern und war das Thema Schließung von Unterkünften auch in den Monitoring-Gesprächen relevant und wurde in 27 Gesprächen behandelt.

In der Mehrzahl der Gespräche wurden positive Aspekte, insbesondere die gute Zusammenarbeit mit der Fachstelle, im Zusammenhang mit dem Umzugs- und Schließungsprozess erwähnt. Auswirkungen auf die Stimmung bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, zum Beispiel aufgrund von Verunsicherung oder Besorgnis wegen eines (tatsächlichen oder befürchteten) niedrigeren Wohnstandards, wurden in 15 Fällen genannt. Dies hängt damit zusammen, dass die Fachstelle die betroffenen Personen frühzeitig postalisch über bevorstehende Schließungen informiert hat, ohne jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits eine konkrete neue Unterkunft nennen zu können.

2.7 Sonstiges

Generell ist aus den Gesprächen deutlich geworden, wie wichtig ein wertschätzender Umgang in Bezug auf Vielfalt sowie der Schutz vor Diskriminierung beispielsweise aufgrund der Herkunft, Religion und sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ist. Wichtig ist einerseits mehr Schutz vor Diskriminierung im öffentlichen Raum, andererseits aber auch mehr Sensibilisierung von Personen, welche mit der Klientel arbeiten (zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ämtern und im Gesundheitsbereich, Lehrer und Lehrerinnen in Sprachschulen, Hausmeister und Hausmeisterinnen).

Impressum:

Stand: 01.08.2019

Herausgeber: Stadt Nürnberg,
Referat für Jugend, Familie und Soziales (www.soziales.nuernberg.de),
Regiestelle für Flucht und Integration

Rückfragen: Elisabeth Schallwig, 0911/231-2 86 41, elisabeth.schallwig@stadt.nuernberg.de
Tessie Peter, 0911/231-2 86 42, tessie.peter@stadt.nuernberg.de